

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	157
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	688/2018
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	17.12.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Herr Herweg, Frau Dr. Heynen, Herr Korn, Frau Wagner (alle JugA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung in Stuttgart 2018 - Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse von 2010/2011 bis 2018/2019 ... (vollständiger Betreff siehe unten)		

Da aus technischen Gründen der Betreff nicht in ganzer Länge im oberen Feld wiedergegeben werden kann, wird er hier vollständig aufgeführt:

Betreff: Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung in Stuttgart 2018
- Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse von 2010/2011 bis 2018/2019
sowie der Beschlüsse in den zugehörigen Sachstandsberichten
- Anträge zu Angebotsveränderungen und zum weiteren Ausbau

Vorgang: Jugendhilfeausschuss vom 26.11.2018, öffentlich, Nr. 138
Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 30.11.2018, öffentlich, Nr. 119
Verwaltungsausschuss vom 05.12.2018, öffentlich, Nr. 490
jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung
Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 14.12.2018, öffentlich, Nr. 134
Ergebnis: einstimmige Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 19.11.2018, GRDRs 688/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von dem Sachstandsbericht über den Stand der Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse 2012/2013, dem 3. Sachstandsbericht 2012 (GRDRs 672/2012), dem

4. Sachstandsbericht 2013 (GRDrs 177/2013), der Haushaltsbeschlüsse 2014/2015, dem 5. Sachstandsbericht 2014 (GRDrs 640/2014), dem 6. Sachstandsbericht 2015 (GRDrs 233/2015), der Haushaltsbeschlüsse 2016/2017, dem 7. Sachstandsbericht 2016 (GRDrs 658/2016) sowie der Haushaltsbeschlüsse 2018/2019 zum Um- und Ausbau der Kindertagesbetreuung in Stuttgart wird zustimmend Kenntnis genommen (siehe Anlage 1 A).
2. Den aufgeführten Angebotsumstellungen und -erweiterungen (Anlage 3, Anlage 6 und Anlage 7) wird zugestimmt. Damit verbunden ist die Schaffung von 35 Plätzen für unter 3-Jährige, 353 Ganztagsplätzen für 3- bis 6-Jährige sowie ein Platzausbau bei den 3- bis 6-Jährigen insgesamt von 223 Plätzen. Die Umwandlung von Hortplätzen in Plätze für unter 6-Jährige führt zu einem Platzabbau von 19 Hortplätzen.
 3. Von den Auswirkungen auf die Platzentwicklung wird Kenntnis genommen (Anlage 4, Übersicht über die Versorgungsentwicklung).
 4. Für die in dieser Vorlage aufgezeigten neuen Angebotsumstellungen des städtischen Trägers werden 27,5476 Stellen benötigt (Anlage 7; Liste 1a bis 1d). Das Jugendamt wird ermächtigt Mitarbeiter/-innen auf 27,5476 Stellen (9,6286 Stellen in Entgeltgruppe S 8b, 1,6514 Stellen in Entgeltgruppe S 8b für Springkräfte, 10,5231 Stellen in Entgeltgruppe S 8a, 3,1936 Stellen in Entgeltgruppe S 3, 0,9779 Stellen in Entgeltgruppe EG 3 und 1,5730 Stellen in Entgeltgruppe EG 2Ü) ohne Blockierung von Planstellen mit Wirkung ab sofort bzw. je nach Inbetriebnahme bis zum 31.12.2019 zu beschäftigen. Gleichzeitig können durch Gruppenumstellungen 8,9728 Stellen gestrichen werden. Davon 0,1129 in Entgeltgruppe S 8b, 0,5203 Stellen in Entgeltgruppe S 8b für Springkräfte, 5,0974 Stellen in Entgeltgruppe S 8a, 2,5500 Stellen in Entgeltgruppe S3, 0,4743 Stellen in Entgeltgruppe EG 3 und 0,2179 Stellen in Entgeltgruppe EG 2Ü. Über die erforderlichen Stellenschaffungen bzw. Stellenstreichungen wird im Rahmen des Stellenplanverfahrens 2020/2021 entschieden. Durch die Schaffungen und Streichungen in Summe betrachtet ergibt sich ein Stellenbedarf in Höhe von 18,5748 Stellen.
 5. Dem Vorschlag der Fortsetzung der finanziellen Förderung der derzeit im Bundesprojekt "KitaPlus" geförderten Einrichtungen für das Jahr 2019 in Höhe von 329.000 Euro und bis Ende August 2020 in Höhe von 219.333 Euro wird zugestimmt, sofern die Förderung durch den Bund nach dem 31.12.2018 nicht fortgeführt wird (siehe Anlage 8).
 6. Der dargestellten Finanzierung (Anlage 2, Finanzübersicht) wird zugestimmt. Diese Maßnahmen einschließlich der Förderung gemäß Beschlussantrag Nr. 5 werden aus den im Teilfinanzhaushalt 510, Jugendamt, Projekt-Nr. 7.519365, Sonstige Investitionen Kitas, AuszGr 7873, Bau (Pauschale) bzw. im Teilergebnishaushalt 510, Jugendamt, Amtsbereich 5103651, Förderung von Kindern in städtischen Tageseinrichtungen, KGr. 42510, Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, veranschlagten Pauschalen finanziert.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zum Stand der Umsetzung der Kindertagesbetreuung und den damit zusammenhängenden Vorschlägen der Verwaltung führt BMin Fezer kurz in die Vorlage ein. Trotz all der Herausforderungen, insbesondere des Fachkräftemangels, komme die Stadt Stuttgart voran, so die Vorsitzende.

StRin Ripsam (CDU) erwähnt, sie sei davon ausgegangen, dass die Vorsitzende einen Überblick über die wichtigsten Daten, Mengen und Kennzahlen geben werde. Die Vorsitzende entgegnet, sie habe bei der heutigen Beratung nicht auf den rechnerischen Gesamtversorgungsgrad sowie auf die Soll-Platzzahlen eingehen wollen, da es sich um statistische Stichtagsdaten handle. Bei den Äußerungen in Richtung "was wäre wenn" ergehe ein "Versprechen der Verwaltung", das nicht immer so eingehalten werden könne, wie es geplant gewesen sei.

Seit über zehn Jahren finde ein massiver Ausbau in der Kindertagesbetreuung statt, der ausschließlich durch gemeinsame Anstrengungen gelungen sei, betonen StRin Ripsam und StR Klingler (BZS23). Die Träger hätten in großen und weiten Teilen ihren Beitrag an der Umsetzung geleistet, bemerkt StRin Ripsam. Der Großteil der beschlossenen Maßnahmen könne umgesetzt werden, stellen StR Klingler und StRin Ripsam fest - man befinde sich auf einem guten Weg. Diese Aussage bestätigt die Vorsitzende, viele Maßnahmen seien ergriffen worden. Die Tatsache, dass unterjährig eine solche Vorlage, mit der Bereitschaft nachzusteuern, vorgelegt werde, unterstreiche die Wichtigkeit.

Der Ausbau betreffe ein Finanzvolumen von 2,07 Mio. € an Investitionen und 3,19 Mio. € an Betriebskosten, bemerkt StRin Ripsam. Bezogen auf die Verbesserung des Versorgungsgrads bei den 0- bis 3-Jährigen auf 54,5 % stellt StRin Ripsam gleichsam ein Defizit an Betreuungsplätzen von 824 Plätzen fest. Bei den 3- bis 6-Jährigen könne ein Versorgungsgrad von 110,2 % konstatiert werden. Nach Umsetzung der in der Vorlage genannten Maßnahmen werde sich eine 79,9%ige Versorgung bei der Ganztagsbetreuung einstellen. Zur Schulkindebetreuung bemerkt sie einen 45,9%igen Versorgungsgrad.

Die Fortsetzung der finanziellen Förderung der durch das Bundesprogramm Kita+ geförderten Einrichtungen begrüßen StRin Ripsam und StRin Vowinkel (SPD) ausdrücklich. StRin Ripsam bitte die Verwaltung zu den nächsten Haushaltsplanberatungen um eine Übersicht über die Möglichkeiten der Förderung der betroffenen Kitas hinsichtlich der außergewöhnlichen Öffnungs- und Betreuungszeiten. Die Träger benötigten eine Planungs- und Finanzierungssicherheit, damit die begonnenen und geplanten erweiterten Öffnungszeiten auch über das Ende des Bundesprogramms hinaus fortgesetzt werden können, betont StRin Vowinkel. Frau Dr. Heynen sagt eine entsprechende Vorlage, die das Programm berücksichtigen werde, zu.

Die Fertigstellung der fünf Typenbauten beim städtischen Träger begrüßt StRin Ripsam ausdrücklich. Allerdings seien bis zum 01.03.2018 nicht alle Gruppen in Betrieb genommen worden. Wie sie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen (WA) am 14.12.2018 (s. NNr. 134/ 2018) erwähnt habe, so StRin Ripsam, bitte sie die Verwaltung um eine Darstellung der noch nicht in den Betrieb genommenen Gruppen. Herr Herweg bezieht sich auf seine im WA getätigte Zusage, im Jugendhilfeausschuss dazu zu informieren: 8 Typenbauten seien mit der Unterbringung von 52 Gruppen vorgesehen gewesen. Von diesen Gruppen seien aktuell 17 nicht in Betrieb. Von dieser Anzahl können 4 Gruppen aufgrund eines Wasserschadens in der Kita im Schneewittchenweg nicht eröffnen. 5 Gruppen blieben insgesamt übrig, teilt Herr Her-

weg mit. Trägerübergreifend werde nach Möglichkeiten geschaut, wie sich der Leerstand vermeiden lasse. Bei den Typenbauten habe es den Effekt der befristeten Baugenehmigung gegeben, ergänzt Herr Korn. Die GRDRs 26/2018 informiere über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Tageseinrichtungen in Fertigbauweise.

Zu den nicht umgesetzten Vorhaben bezieht sich StRin Ripsam auf die Anlage 5 der Vorlage und fragt dabei nach den Gründen, warum diese noch nicht umgesetzt seien. Daneben erkundigt sie sich zu den Hintergründen der nicht befürworteten Vorhaben. Bei den nicht befürworteten Vorhaben sei aufgrund der Außenbereiche ausschließlich eine fünfjährige Duldung ausgestellt worden, informiert Frau Wagner. Ergänzend erwähnt sie, im Waldheim Sonnenwinkel in Vaihingen werde eine Neuanmeldung zu den Haushaltsplanberatungen 2020/2021 erfolgen.

Zu dem Element-i-Kinderhaus/Bildungshaus in Stuttgart-Vaihingen bemerkt StRin Ripsam, sie könne nicht nachvollziehen, dass in Vaihingen die Betreuungsplätze ausreichen und somit das Konzept von Element-i aktuell nicht realisiert werde. Zu der Kita in Möhringen im Schneewittchenweg interessiert sich StRin Ripsam zum Fortschritt bei den Sanierungsarbeiten. In dieser Kita hätte sich nach Monaten herausgestellt, dass der Wasserschaden erhebliche Mängel verursacht habe, informiert Herr Korn. Aufgrund dessen habe ein Umzug in die Widmaierstraße stattgefunden. Im späten Frühjahr könne mit einem Abschluss der Sanierungsarbeiten gerechnet werden. Im Anschluss werde nach einem anderen Träger Ausschau gehalten, ergänzt Herr Korn.

Dem umfassenden Dank schließen sich neben StRin Ripsam auch StR Lazaridis (90/GRÜNE), StRin Vowinkel und StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PLuS) an. StR Lazaridis zeigt sich ernüchtert über den Stand der Umsetzung der beschlossenen Vorhaben, resultierend aus dem Fachkräftemangel. Bei einem Versorgungsgrad von 107 % bei den über 3-Jährigen dürfe sich die Stadt hinsichtlich des Ausbaus nicht zurücklehnen. Bezogen auf die Fachkräftegewinnung müssten sämtliche Hebel in Bewegung gesetzt werden. Dabei setze die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf den Ausbau der PiA-Fachkräfte - auch bei den "kleineren" Trägern. Dieser Ausbau könne durch Investitionsprojekte des Bundes realisiert werden, wobei er sich für ein entsprechendes Landesprogramm einsetzen werde, betont StR Lazaridis.

Hinsichtlich des Versorgungsgrads bei den 0- bis 3-Jährigen unterstreicht StRin Vowinkel, der Ausbau müsse forciert werden. Durch die Angebotsumwandlung sowie bei Kita-Neubauten sei vereinzelt festzustellen, dass die erforderliche Anzahl von Kindern unterschritten werde, was sich finanziell bei den Kitaleitungen bemerkbar mache. Diese un-gute Situation der veränderten Eingruppierung sollte vermieden werden, so StRin Vowinkel. Das Thema der Leitungseingruppierung sei durchaus komplex, bemerkt Herr Korn. Insofern könne dieses Gebiet aufgrund des Tarifrechts heute nicht beraten werden. Im Sinne der Gleichbehandlung werde innerhalb der Verwaltung, unter Vorstößen des Personalrats, eine Klärung herbeigeführt. Darüber hinaus gibt StRin Vowinkel zu bedenken, wenn bei Sanierungen zeitliche Verzögerungen entstünden, hätte dies wiederum fehlende Kitaplätze zur Folge. Dieser Aspekt sollte in den Haushaltsplanberatungen thematisiert werden. StRin Vowinkel erkundigt sich nach der Anzahl von Gruppen, die durch den Fachkräftemangel nicht betrieben werden können. Dabei regt sie an, Tagesmüttern die leerstehenden Räumlichkeiten zu überlassen. Hinsichtlich des Ausbaus der Tagespflege werde diese Möglichkeit überprüft, unterrichtet Frau Dr. Heynen. Die leerstehenden Räumlichkeiten seien allerdings vereinzelt Ausweichquartiere im Fall von Sanierungen bestehender Einrichtungen. Herr Herweg ergänzt, die Kita der Mar-

tinskirche werde mit vier Gruppen eine aktuell leerstehende Räumlichkeit beziehen. Auf eine Frage von StRin Vowinkel hinsichtlich der Betriebserlaubnis durch den KVJS sagt Frau Dr. Heynen zu, das Betriebserlaubnisverfahren beim TOP 7 "Investitionszuschuss für die Polifant gGmbH" aufzugreifen.

Herr Schulze-Gronemeyer betont den guten Versorgungsgrad bei den 3- bis 6-Jährigen und bemerkt zu der Betreuungssituation bei den Schulkindern, die Horte hätten die Schulkindbetreuung alleine nicht in der Gänze bewältigen können.

StRin von Stein (FW) nimmt den Bericht zur Kenntnis und betont dabei die Mühe der Akteure, die Kindertagesbetreuung voranzubringen. Die Personalgewinnung gestalte sich bei den Erzieherinnen und Erziehern wie in anderen Berufsgruppen auch als äußerst mühsam, bemerkt die Stadträtin. Viele Maßnahmen, wie z. B. eine bessere Bezahlung neben der erforderlichen Wertschätzung für diese Berufsgruppe, seien notwendig, um den Beruf attraktiv zu gestalten. Sie hofft, dass die Verwaltung kreative Lösungen erarbeite, damit mehr Personal gefunden werden kann.

Herr Schulze-Gronemeyer bedankt sich für die zahlreichen Rückmeldungen zu den freien Trägern, ohne deren Zutun die Versorgungsgrade nicht erreicht worden wären. Das Zusammenwirken der Ämter mit dem Ziel, Kitaplätze zu schaffen, könne noch optimiert werden. Die Waldheime sollten hinsichtlich möglicher Kitastandorte überprüft werden, um den Ausbau in der Kindertagesbetreuung weiter voranzubringen. Er gehe davon aus, so Herr Schulze-Gronemeyer, dass die Träger zu den Haushaltsplanberatungen Anträge zu den Umbauten sowie zum Erhalt der Einrichtungen stellen werden. Er rechne hierbei mit finanzieller Unterstützung seitens der Stadt Stuttgart. Um den Ausbau in der Kindertagesbetreuung voranzubringen, müsse weiter in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern investiert werden. Der evangelische Träger werde die Anzahl von PiA-Ausbildungsplätzen im nächsten Jahr verdoppeln, kündigt Herr Schulze-Gronemeyer an. Im Bereich der Kinderpfleger/-innen könnte durch Qualifizierungsmaßnahmen weiteres Personal gewonnen werden. Damit ausgebildete Erzieherinnen am Standort blieben, müsste neben dem Tarif+ den auswärtigen Erzieherinnen und Erziehern der freien Träger ein Fahrtkostenzuschuss eingeräumt werden. Hinsichtlich der Förderung von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft verweist er auf den heutigen TOP 5 "mündlicher Bericht aus der Projektgruppe zur Förderung von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft".

Bezogen auf den Fachkräftemangel erwähnt die Vorsitzende, bis zum Jahr 2025 würden 191.000 Erzieherinnen und Erzieher bundesweit fehlen. Die Familienministerin hätte angekündigt, den Ländern 300 Mio. € als Impuls zur Verfügung zu stellen. Angesichts der Personalgewinnung ruft die Vorsitzende in Erinnerung, warum bis heute die Erzieherinnen in der Ausbildung nicht bezahlt werden. Hierbei unterrichtet sie über altertümliche Gründe und Denkweisen, die sich bis heute hielten. In Stuttgart habe man mit der PiA-Ausbildung Neuland geschaffen. Dieser Weg müsse bundesweit mit einer Vergütung für die Erzieher/-innen-Auszubildenden beschritten werden. Es sei nun Sache der Länder, diesen Impuls aufzugreifen, attraktive Ausbildungsplätze zu schaffen sowie deren Zahl zu erhöhen.

Die Nichtanrechnung von PiA-Auszubildenden auf den Stellenschlüssel sei ein erfolgreicher Schritt in die richtige Richtung, betont ergänzend Frau Dr. Heynen. Allerdings befinde sich die Stadt Stuttgart mit den umliegenden Stadt- und Landkreisen in einer Wettbewerbssituation. Es gehe nun nicht mehr ausschließlich darum, Fachkräfte zu

gewinnen, sondern diese müssten mit guten Arbeitsbedingungen gehalten werden. Die Auslandsanwerbung biete einen weiteren wichtigen Zugangsweg, der gepflegt und ausgebaut werde.

Herr Korn geht auf vielfache Nachfrage auf die Haushaltsplanberatungen 2020/2021 ein. Zum Investitionshaushalt unterrichtet Herr Korn über die Zusage, dass das bisherige Prinzip, Investitionskosten ausschließlich bei einem Ausbau der Betreuungsplätze in die grüne Liste aufzunehmen, nicht mehr gültig sei. Es könnten nunmehr Projekte, die einen Platzverlust zu verzeichnen hätten, zum nächsten Haushalt zugelassen werden. Dieses Prinzip sei mit den freien Trägern besprochen worden und werde zum nächsten Haushalt aufgegriffen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. BVinnen Nord, Ost
BV Süd, West
 6. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Mö,
Mühl, P-B, Si, Vai, Weil, Zu
 7. GPR (2)
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR